Süddeutsche Zeitung
8/4/70

Seite 5

Mangakis: Ich gab Bomben weiter

Der angeklagte Athener Professor berichtet erneut von Folterungen

Athen (dpa)

Im Athener Umsturzprozeß hat der angeklagte Athener Strafrechtler Professor Georg Mangakis vor dem Sondermilitärgericht zugegeben, von dem schwedischen Journalisten Bengt Holmquist 13 Sprengkörper erhalten und weitergegeben zu haben. Dies sei aber der einzige Anklagepunkt gegen ihn, der zutreffe. Die Sprengstoffe seien im übrigen ungefährlich gewesen. Mangakis muß sich zusammen mit 33 anderen angeblichen Mitgliedern der Widerstandsorganisation „Demokratische Verteidigung“ wegen Tätigkeit zum gewaltsamen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung verantworten.

Vor Gericht bekannte Mangakis seine entschiedene Gegnerschaft gegen das gegenwärtige Regime und erklärte, er betrachte die Widerstandsorganisation als ein legales Verteidigungsmittel eines Volkes, das seiner Freiheit beraubt sei. Erneut beklagte er sich, in der Haft gefoltert worden zu sein.

Der angeklagte Dionysios Karageorgas, ehemals Professor an der Athener Hochschule für politische und Wirtschaftswissenschaften, bekannte sich vor Gericht zu seiner Mitgliedschaft in der Widerstandsorganisation „Demokratische Freiheit“. Ziel der Organisation sei aber keinesfalls der Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gewesen, sondern die Verteidigung gegen eine diktatorische Regierung. Man habe die „Demokratische Verteidigung“ gegründet, weil die vom Gesetz geschützte parlamentarische Staatsform abgeschafft worden sei. Es stehe gegen jeden Rechtsbegriff, wenn man nun Menschen nach diesem Gesetz anklage, eine Staatsordnung umstürzen zu wollen, die gar nicht mehr existiere.

Im weiteren Verlauf beschuldigten erneut zwei Angeklagte die griechische Polizei, Aussagen mit Foltermethoden erpreßt zu haben. Die Angeklagte Vassili Zographou sagte aus, sie sei

während eines langen Verhörs an Kopf und Körper geschlagen worden. Der Angeklagte Nikos Konstantinopoulos erklärte, er lege keinen Wert darauf, über „Folterungen hier und anderswo“ zu sprechen.

Der angeklagte Anwalt Haralambos Protopappas warf dem mitangeklagten Athener Universitätsprofessor Dionysios Karageorgas vor Gericht vor, bei seiner Opposition gegen das griechische Regime Bomben jeder anderen ruhigeren Protestmethode vorgezogen zu haben. Protopappas, der frühere Präsident der verbotenen Sozialistischen Union Griechenlands, sagte aus, der Professor habe sich bei Treffen der „Demokratischen Verteidigung“ kategorisch für das Legen von Bomben ausgesprochen, während er, Protopappas, stets dagegen gewesen sei. Karageorgas war im Juli 1969 schwer verletzt worden, als in seinem Haus ein selbstgefertigter Sprengkörper explodierte.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wurde vor dem Gericht von Kronanwalt Liapis scharf angegriffen. Während der Aussage von Protopappas beschuldigte der Kronanwalt den SPD-Bundesgeschäftsführer Wischnewski der groben Einmischung in die Angelegenheiten der griechischen Justiz. Dem angeklagten Protopappas warf er vor, von der SPD hunderttausende Drachmen erhalten zu haben. Als Beweisstück legte Liapis einen Brief des inhaftierten griechischen Volkswirts Spyros Nikolaou an einen Exilgriechen vor, von dem eine Kopie auch an Wischnewski gegangen sei. In dem vom 24. März aus der Haft in Drosia bei Athen datierten Brief rechtfertigt sich Nikolaou gegen Vorwürfe, Geld der SPD, das für die Unterstützung von Häftlingsfamilien in Griechenland bestimmt gewesen sei, veruntreut zu haben. Nikolaou beklagt sich darüber, daß die Hilfe deshalb eingestellt worden sei. Der Brief enthält Angaben über eine Gesamtsumme von rund 640 000 Drachmen (rund 80 000 Mark).